

Warum wir zu einer „Bürgeraktion Neues Hulsberg“ aufgerufen haben

Vier große Bürgerforen zum Neuen Hulsberg-Viertel haben seit September 2011 stattgefunden. Sie waren ein voller Erfolg und sind ein weithin beachteter, anerkannter Beweis für Bremens demokratische Kultur. Von Fachvorträgen unterstützt, haben jeweils bis zu 200 Mitwirkende in diesen Foren Fragen, Vorstellungen und Wünsche für das neue Stadtquartier formuliert. Dem städtebaulichen Gutachterverfahren lagen die Ergebnisse vor und die drei beteiligten Architektenteams haben sie in ihren Entwürfen berücksichtigt. Seit Januar 2013 liegt nun ein einstimmig prämiertes Rahmenkonzept für die weitere Planung vor. Wir kennen jetzt die Richtung, in der es mit dem Hulsberg-Projekt weiter gehen soll. Gleichzeitig wurde deutlich, auf welche Konflikte es zusteuert.

Nachhaltig und sozial gemischt soll das neue Stadtquartier werden, autoarm und mit gemeinschaftlichen Wohnformen für Jung und Alt. Engagierte Bürgerinnen und Bürger wollen das, die Bremer Politik hat von Beginn an nichts anderes gesagt; die Bauverwaltung stimmt ein. Kann da noch etwas schief gehen?

Der prämierte Lorenzen-Entwurf hat das Potenzial für ein vorbildliches neues Stadtquartier. Eine Garantie ist er jedoch nicht. Denn vor aller Kreativität und allem guten Willen haben sich mit Haushaltsnotstand und einem am Rande der Insolvenz operierenden Klinikum enorme wirtschaftliche Hürden aufgebaut.

Das 14,5 ha große Baugelände steht mit € 54 Mio. in der Bilanz der Gesundheit Nord (Ge-No). Um es für den Neubau von allen Altlasten zu befreien und überhaupt verkaufbar zu machen, kommen noch einmal € 15 bis 20 Mio. dazu. Rund € 70 Mio. müsste die GeNo aus dem Verkauf der Bauflächen einnehmen, damit sich das jährliche Betriebsdefizit von € 25 Mio. nicht noch um ein riesiges Bilanzloch vergrößert. € 70 Mio. für 145.000 qm Baugrund, das sind die Rahmendaten, die die allseits gewünschte soziale Ausrichtung des städtebaulichen Großprojektes schwierig machen werden. Die Politik weiß das, die Verwaltung weiß es – und wir wissen es auch.

Bislang gibt es kein Konzept, wie der Widerspruch zwischen städtebaulichen Idealen und wirtschaftlichen Zwängen gelöst werden könnte. Politik und Verwaltung haben keins – und wir auch nicht. „Wir“ und „die da oben“ stehen – jedenfalls bislang – auf dem neuen Hulsberg nicht gegeneinander, sondern gemeinsam vor einer enormen wirtschaftlichen Zwangslage. Das Klinikum will gute Nachbarschaft, aber sich nicht selbst als Nachbar aufgeben. Und die Finanzsenatorin muss viele Löcher stopfen, deren dringlichstes sicher nicht in der östlichen Vorstadt liegt. Soviel steht fest: Zwischen Sankt-Jürgen- und Friedrich-Karl-Straße wird für niemanden ein Wunschkonzert gespielt werden.

Ohne konstruktiv-kritisches Mitwirken von Bremer Bürgerinnen und Bürgern werden Politik und Verwaltung das Projekt nicht erfolgreich über die Bühne bringen können. Das heißt aber auch, dass wir, für das neue Hulsberg Viertel engagierte Bürgerinnen und Bürger, bei wichtigen Fragen und Entscheidungen sowohl informiert als auch gehört werden müssen, z.B. bei der

- Festlegung der Bodenpreise
- Vermarktung der Bauflächen
- Unterstützung von Baugemeinschaften bei Kommunikation, Planung und Finanzierung
- Bewertung von Baukonzepten gegenüber gebotenen Höchstpreisen
- Förderung von gemeinschaftlichem Wohnen

- Realisierung der im „Bündnis Wohnen“ vorgesehenen Sozialwohnungen
- Bebauungsdichte und –höhe
- Nutzung der Bestandsgebäude
- Aufstellung des B-Plans.

Bei solchen und anderen Weichenstellungen brauchen die fortschrittlichen Kräfte in Politik und Verwaltung öffentlichen Rückhalt. Zwischen ökonomischem Absturz auf der einen und sozialem Protest auf der anderen Seite führt zum Hulsberg-Projekt ein schmaler Steg, den Politik und Öffentlichkeit – wenn überhaupt – nur gemeinsam meistern werden.

Um die Partnerrolle wirksam spielen und auf wichtige Entscheidungen Einfluss nehmen zu können, brauchen die am Gelingen des Hulsberg-Projektes interessierten Bürgerinnen und Bürger nicht nur die von der Verwaltung einberufenen Bürgerversammlungen (deren Weitergehen wir ausdrücklich begrüßen), sondern auch eigene, selbstorganisierte Formen der Kommunikation und Vernetzung.

Mit diesem Ziel haben sich TeilnehmerInnen der bisherigen Bürgerforen in der Gruppe „hulsberg+tal“ zusammen gefunden. Wir möchten dazu beitragen, dass möglichst viele der schon bestehenden - oder gegenwärtig in Entstehung begriffenen - Gruppierungen, aber auch alle interessierten Einzelpersonen, ihre Kräfte in einer politisch unabhängigen „Bürgeraktion Neues Hulsberg“ bündeln. Und vielleicht beschließt die frisch gegründete Bürgeraktion dann sogar, sich selbst den knackigen Namen „Hulsbergwacht“ zu geben.

Bremen, Mai 2013